



Stormarn

Nachrichten Sport

GEMEINDEVERTRETUNG

09.03.19

Streit um Straßenbeiträge: Trittauerin verlässt die SPD

Elvira Nickmann



Regina Brüggemann wechselt von der SPD zu Bürgergemeinschaft Trittau.

Foto: Elvira Nickmann

Regina Brüggemann trägt Entscheidung ihrer Fraktion zu Kostenbeteiligung der Bürger nicht mit und wechselt zur Bürgergemeinschaft.

Trittau. Schon zu Beginn der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung Trittau fiel auf, dass Regina Brüggemann nicht wie sonst bei der SPD-Fraktion Platz genommen hatte, sondern neben den Vertretern der Bürgergemeinschaft Trittau (BGT) saß. Die Erklärung lieferte sie selbst wenig später mit deutlichen Worten. „Ich für meine Person halte mich an mein Wahlversprechen und stehe für die bedingungslose Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein“, sagte Brüggemann. Da nur die BGT für

eine [bedingungslose Abschaffung](#) stehe, habe sie die SPD-Fraktion verlassen und sei zur BGT gewechselt.

Bei der Entscheidung der SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit finde sie sich „in keinster Weise“ wieder. Sie bezog sich damit auf ein gemeinsames Arbeitspapier, das die Fraktionsvorsitzenden Jens Hoffmann (CDU) und Beat Sanne (SPD) zuvor im Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgelegt hatten. Darin verständigten sich beide auf einen Kompromiss. Dieser sah vor, die Sätze für die Erhebung der Beiträge um etwa 30 Prozent zu reduzieren, um so für einen „Einstieg in den Ausstieg“ zu sorgen. In der Beschlussvorlage der Verwaltung, die dem Finanzausschuss zum selben Thema vorlag, wurde eine Verlängerung der sogenannten Verrentung vorgeschlagen, der Frist, innerhalb derer Anlieger die Straßengebühren zahlen müssen.

Sie soll von zehn auf 20 Jahre angehoben werden. Zudem sollen Eigentümer von Eckgrundstücken unter bestimmten Bedingungen eine Ermäßigung von 25 Prozent erhalten. Und für Altlasten sollen Anlieger nicht mehr zur Kasse gebeten werden.

Brüggemann sieht Sachverhalte als mangelhaft geprüft an

Die Mitglieder des Ausschusses hatten mehrheitlich sowohl für eine Reduzierung der Beiträge als auch für die Vorlage der Verwaltung gestimmt. In ihrer Erklärung führte Brüggemann aus, dass sie die Argumentation zum Erhalt der Ausbaubeiträge nicht nachvollziehen könne. Argumente, Alternativen und Sachverhalte sehe sie als mangelhaft geprüft an. „Der Wähler hat zudem ein Recht auf Transparenz, Offenheit und Ehrlichkeit.“ Aus den Reihen der anwesenden Bürger erntete sie für diese Aussage Beifall. Beat Sanne sah diese Punkte dagegen als erfüllt an. „Ein Kompromiss kann vielfältige Auffassungen nur in Teilen treffen“, sagte er. Wichtig sei, dass er „Klarheit für die Bürger schafft“.

So sah das auch die Mehrheit der Gemeindevertreter: Sie folgten der Empfehlung des Finanzausschusses in allen Punkten und beschlossen die Reduzierung der Straßenbaubeiträge rückwirkend zum 26. Januar 2018.

(*nick*)

© Hamburger Abendblatt 2019 – Alle Rechte vorbehalten.

LINKS ZUM ARTIKEL

[Amokläufer im Gymnasium – Polizei trainiert den Ernstfall](#)

[Ahrensburg: Neue Pläne für die Alte Reitbahn](#)

[Dieser Sieker hatte schon unglaubliche 103 Autos](#)

Ad

